

Ein Porträt über Gerd Heide

Von Arne Meinicke

Gerd Heide war mehr als zwei Jahrzehnte als Kunst- und Geschichtslehrer in Hamburg und Schleswig-Holstein tätig. Politisch stark geprägt von der Studierendenbewegung und ihrem revolutionär-kommunistischen Flügel angehörend, geriet er in den 1970er Jahren in Konflikt mit seinen schulischen Vorgesetzten und wurde aus dem Schuldienst entlassen. Das folgende Porträt möchte Gerd Heides Werdegang – politisch wie auch beruflich als Lehrer – von den 1960er bis in die 1970er Jahre nachzeichnen. Ein Fokus soll dabei auf das gegen ihn verhängten Berufsverbot und dessen Umstände gelegt werden. Das Porträt basiert auf einem Zeitzeugen-Interview, das im Oktober 2021 mit Gerd Heide geführt wurde.



Gerd Heide Mitte der 1970er Jahre

Foto: Rote Fahne Nr. 6, Köln 9.2.1977, S. 6.

Biographischer Abriss

Gerd Heide wurde 1937 geboren. Nach Besuch der Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg-Winterhude absolvierte er zunächst eine Banklehre und ging dann auf ein Abendgymnasium. Auch durch einen 1954 bei dem Reformpädagogen und Maler Richard Ott absolvierten Volkshochschulkurs wuchs in ihm der Wunsch, Künstler oder Kunstlehrer zu werden. Da ihm der reine Künstlerberuf als brotlos erschien, entschloss er sich zum Lehramtsstudium. Nach kurzem Studium in Hamburg bis Ende 1961 studierte er bis 1968 Pädagogik, Kunst und Geschichte in Mainz. 1962 heiratete er und bekam anschließend zwei Kinder.

In seiner Studienzeit war er weitestgehend unpolitisch, versuchte sich eher kulturell quer zum Zeitgeist zu orientieren, etwa durch den Besuch von Programmkinos. Schlüsselmoment für seine Politisierung waren die tödlichen Schüsse eines Polizisten auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Ohnesorg war ein Freund der Familie gewesen. „Wie meine Mutter mich ‘67 kurz nach dem 2. Juni anrief und sagte: ‚Weißt du, was heute passiert ist? Die haben den Benno erschossen?‘ Das war geradezu ein traumatischer Moment für mich“, so berichtete Heide es.

1968 kehrte Heide, infolge des Todes Ohnesorgs nun stark politisiert, im Anschluss an sein Studium nach Hamburg zurück, um hier sein Referendariat zu absolvieren. Seine Rückkehr nach Hamburg fiel mitten in die Zeit der Osterunruhen und der Blockade des Springer-Hochhauses, beides in Folge des Attentats auf Rudi Dutschke. Während seines Referendariats war Heide Teil der Hamburger APO, ging vielfach auf Demonstrationen, wurde dabei mehrmals verhaftet, sogar angeklagt. 1969 wurde eine Amnestie erlassen, sodass Heide hieraus keine weiteren Konsequenzen erwuchsen. Nach dem raschen Zerfall der APO schloss er sich zunächst der maoistischen K-Gruppe KPD-ML an. 1973 imponierte ihm die Besetzung des Rathauses von Bonn – damals Bundeshauptstadt – durch die konkurrierende maoistische KPD-AO sehr: „Das war wirklich bestens geplant und entschlossen und schnell ausgeführt. Und das Ergebnis war derartig sensationell: Die Nicht-Deutschen, die das rezipiert hatten, zum Beispiel die Vietnamesen, haben natürlich gedacht, wir haben die Regierung besetzt.“ Heide schloss sich infolgedessen der KPD-AO an.

Wegen einer Klassenarbeit zum Vietnamkrieg kam es 1975 am Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, wo Heide mittlerweile arbeitete, zu einem Konflikt mit Schulleiter und Schulbehörde, der in ein Berufsverbot für Heide mündete.

Der auf seine Suspendierung folgende Prozess vor der Disziplinarkammer gegen Heide zog sich über mehrere Jahre; in dieser Zeit war Heide laut eigener Aussage Berufsrevolutionär. An die Großdemonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken, die besonders in den 1970er Jahren von heftiger Militanz begleitet waren, erinnert sich Heide noch heute lebhaft. 1980 löste sich Heides Organisation, die KPD-AO, schließlich wegen fehlender politischer Perspektiven auf.

1982 endete schließlich das Disziplinarverfahren gegen Heide mit seiner Niederlage und damit der endgültigen Entlassung aus dem öffentlichen Schuldienst. Nur knapp zehn Tage später erhielt er eine Anstellung am privaten Gymnasium Louisenlund in Schleswig-Holstein. An diesem „Edel-Internat“, das vorrangig Kinder aus der Oberschicht besuchten, arbeitete er bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1998.

Vom Referendariat zum Berufsverbot (1968-1975)

Sein Referendariat, das von 1968 bis 1970 dauerte, absolvierte Gerd Heide zunächst am Gymnasium Eppendorf. Seine Lehrertätigkeit hier fiel in die Zeit der Proteste gegen die Notstandsgesetze, was auch den Schulalltag prägte. Heide über diese Episode: „Die Schule fiel aus. Die ganze Schülerschaft war in der Aula und wartete auf irgendein Signal, um irgendwie mitzumachen.“ Die Lehrerschaft erlaubte dies. Zu dem liberal eingestellten Schulleiter der Schule hatte Heide ein sehr gutes Verhältnis. Nach einer weiteren Referendariats-Station im museumspädagogischen Dienst der Hamburger Kunsthalle kam Heide schließlich ans Gymnasium Kaiser Friedrich-Ufer, wo er bis zu seinem späteren Berufsverbot blieb.

Die anderen Referendare seines Jahrgangs waren – mit sehr wenigen Ausnahmen – ebenfalls Teil der APO: „Das ganze Seminar war auf Linie.“, so Heide. Bei den Wahlen zum Seminarsprecher erhielt Heide etwa wegen seinem öffentlichem Auftreten für die APO ungefähr 600, sein Mitbewerber, ein CDU-Mitglied, nur drei Stimmen. Aber auch die Referendariatsleiter:innen, obgleich eine Generation älter, erlebte Heide durchweg als sehr fortschrittlich: „Wenn wir einfach nicht zum Seminar kamen, sondern an einer Demonstration teilnahmen, dann haben die das wohlwollend akzeptiert.“

Konflikte mit Kolleg:innen oder Schulleitern wegen seiner politischen Einstellung erlebte Heide mehrere Jahre lang überhaupt nicht. Das änderte sich erst 1975 kurze Zeit nach Ende des Vietnamkrieges. Der Vietnamkrieg war zu dieser Zeit für Heide generell das wichtigste politische Thema: Ein kleines kommunistisches Land, das dem mächtigsten kapitalistischen Staat der Erde, den USA, entschiedenen Widerstand leistete.

Pädagogik und Bildung waren für Heide hingegen als politische Themen nicht von großer Bedeutung. Schon im Studium hatte ihn Pädagogik nicht sonderlich interessiert, lieber besuchte er Philosophie-Vorlesungen. Seine politischen Ambitionen in den 1960er und 1970er Jahren richteten sich nicht auf eine Veränderung der Schule von innen oder mittels Reformen, sondern auf eine revolutionäre Veränderung der gesamten Gesellschaft. Dementsprechend hatte für ihn auch der Lehrerberuf keine besondere politische Bedeutung: „Der Aktionismus fand außerhalb statt, das ist ganz klar.“ Zwar gaben Heide und seine Frau ihre Kinder in einen antiautoritären Kinderladen, er selbst verfolgte aber kein in dem Sinne ausgearbeitetes pädagogisches Programm. Man müsse den Schüler:innen gegenüber Zuwendung und Zuneigung zeigen, dann entwickle sich alles andere zum „Selbstläufer“ – das war seine Devise.

All dies mag einer der Gründe dafür gewesen sein, dass es über lange Zeit keine Konflikte mit Kollegium und Schulleitung gab. Der Kunstunterricht bot dabei laut Heide ohnehin wenig Zündstoff. Er verstand sich hier als Künstler, dem es fern lag, Kunst und Politik zu einer „totalen Einheit“ zu bringen. Es waren eher die Schüler:innen, die hier von sich aus politische Akzente setzten: Für eine Schulausstellung drapierten sie im Rahmen seines Kunstunterrichtes Teile einer US-Flagge in einer Kloschüssel.

Der für Heides Laufbahn entscheidende Konflikt bezog sich 1975 auf seinen Politikunterricht. Stein des Anstoßes war eine Klassenarbeit, die den gerade zu Ende gegangenen Vietnamkrieg thematisierte. Der Klassenarbeit vorangegangen war eine Unterrichtseinheit, welche das kriegsartige Agieren der USA in Vietnam kritisch beurteilte. Heide hatte hier vor allem mit offiziellen Papieren des Pentagons gearbeitet. Einzelne Schüler:innen waren nun im Vorfeld der Klassenarbeit an Schulleiter Otto Genz herantreten und hatten die Befürchtung geäußert, Heide würde sie nicht neutral bewerten. Heide selbst drängte sich eher der Eindruck auf, die entsprechenden Schüler:innen hätten einen Vorwand gesucht, um Aufschub für eine unliebsame Prüfung zu bekommen.

Schulleiter Genz kam jedenfalls auf Heide zu und ließ sich die geplante Klassenarbeit von Heide zeigen. Er riet Heide dazu, die Klassenarbeit zu verschieben. „Wenn Sie mir den dienstlichen Befehl geben, dass ich die nicht schreibe, dann schreibe ich die nicht. Aber wenn Sie mir nur den guten Rat geben, dann muss ich ihn leider in den Wind schlagen. Denn stellen Sie sich mal vor, ich folge dem – welche Arbeit können Sie dann an dieser Schule überhaupt noch schreiben lassen?“, so reagierte Heide darauf. Genz beließ es bei dem bloßen Rat und so ließ Heide die Klassenarbeit schreiben. Genz wiederum machte – wie Heide vorher für diesen Fall angekündigt – der Schulbehörde Meldung über das Geschehene. Gerade als Heide mit den am selben Tag geschriebenen Klassenarbeiten zu Hause eintraf, erschien die Polizei, um die Arbeiten zu konfiszieren. Mit der inhaltlichen Beurteilung der Klassenarbeiten hatte Heide zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht begonnen. Im Resultat folgte dennoch die Suspendierung Heides vom Schuldienst sowie ein Hausverbot an allen Hamburger Schulen – ausgesprochen am 7. Mai 1975, genau eine Woche nach Ende des Vietnamkriegs. Heide ließ sich von der ausgesprochenen Suspendierung sowie dem Hausverbot allerdings nicht beeindrucken, er ging dennoch wie gewohnt am nächsten Tag zur Schule. Vor seinem Klassenraum erwarteten ihn 300 Schüler:innen, um ihn zu unterstützen und gegen seine Entlassung zu protestieren. Als Heide auch am nächsten Tag wieder in die Schule ging und von Schüler:innen unterstützt wurde, zog dies einen Großeinsatz der Polizei nach sich, bei dem gegen die protestierenden Schüler:innen vorgegangen und Heide aus der Schule abgeführt wurde. Heide kam in Haft, wurde aber am selben Tag noch entlassen. Als Heide auch am dritten Tag versuchte, zur Schule zu gelangen, wurde er bereits zu Hause von der Polizei abgefangen und längere Zeit in Gewahrsam genommen. Damit endeten seine Versuche, seine alte Stelle weiter auszuüben. Es folgte ein mehrjähriges Disziplinarverfahren und unzählige erfolglose Bewerbungen an Privatschulen in ganz Deutschland.

Bewertungen und Einschätzungen des Berufsverbots damals und heute

Die Akteure an Gerd Heides Schule waren größtenteils nicht mit seiner Entlassung einverstanden. Ein beachtlicher Teil der Schülerschaft hatte sich sehr vehement für seinen Verbleib an der Schule eingesetzt: Einige Schüler:innen verteilten Flugblätter, andere wiederum überfielen sogar den Polizeifotografen und entwendeten dessen Kameras. Heide erklärte sich diese Unterstützung sowohl mit den politischen Überzeugungen einer in Folge von 1968 politisierten Schülerschaft, aber auch mit persönlicher Sympathie ihm gegenüber.

Im Kollegium sorgte Heides Entlassung ebenfalls für große Unruhe: Wenngleich niemand einen Bruch mit Schulleitung und Behörde riskierte, so war ein großer Teil des Kollegiums – den Heide als „liberal-fortschrittlich“ beschrieb – nicht damit einverstanden. Nur wenige, sehr konservative Kolleg:innen, befürworteten Heides Entlassung. Schulleiter Genz hatte Heide einerseits als „alten Kommisskopf“ wahrgenommen, andererseits aber auch als „väterlichen Typ“. Nach Genz' eigenem

Verständnis hatte dieser mit dem Verschieben der Klassenarbeit versucht, Heide „goldene Brücken“ zu bauen. Mit der Meldung bei der Schulbehörde habe er angeblich nur seine Pflicht getan, die Sache sei ihm von da an aus der Hand genommen worden.

Wie beurteilt Heide selbst seine Entlassung?

Seinen Vietnam-Unterricht, welcher den amerikanischen Krieg verurteilte, sieht Heide auch heute noch als mit dem Lehrplan vereinbar an und überdies im Einklang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, durch diverse Dokumente abgesichert: „Ich musste da sozusagen nicht einen drauf setzen. Das war gar nicht nötig.“ Seine damalige Entlassung erklärt er sich anders: Die Deutschen hätten in Nibelungentreue zu den USA gestanden und seien auch nach der tatsächlichen Niederlage in Vietnam weiter auf eine Art „Endsieg“ fixiert gewesen. Dies habe zu politischer Paranoia in der Bundesrepublik geführt.

Seinen gewissermaßen konfrontativen Umgang mit der Entlassung aus dem Schuldienst – trotz Hausverbot und Polizeieinsätzen tauchte er weiter an seinem Arbeitsplatz auf – erklärt Heide auch mit seinen politischen Vorstellungen: Ihm und seinen politischen Mitstreiter:innen erschien der Sieg des kommunistischen Vietnam über die USA wie der Vorbote einer sozialistischen Weltrevolution, die sie für die kommenden Jahre erwarteten. Mit dieser Aussicht machte er sich über einen Verlust seines Arbeitsplatzes wenig Sorgen. Ohne diese Erwartung, so Heides Vermutung, hätte er sich wohl „taktisch schlauer“ verhalten, etwa indem er das Hausverbot einfach akzeptiert hätte. Möglicherweise wäre er dann nach einigen Jahren wieder für den Schuldienst zugelassen worden – so aber habe er sich „ans Messer geliefert“.

Gerd Heides Entlassung wies im Kontext der Praxis des Radikalenerlasses der 70er und 80er Jahre einige Besonderheiten auf: Meistens ging es um die Nähe oder Zugehörigkeit zu als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen, zudem betraf dieser größtenteils Berufsanwärter:innen, die daher noch nicht verbeamtet waren. Anders bei Heide: Zum einen wurde seine Zugehörigkeit zur KPD-AO bei seiner Entlassung mit keiner Silbe erwähnt – anders etwa als bei seinem Ausschluss aus der GEW kurz vor seiner Suspendierung, welcher auf seiner KPD-AO-Mitgliedschaft fußte. Heides Entlassung wurde hingegen ganz mit seinem Unterricht begründet. Außerdem war Heide zum Zeitpunkt des Konflikts bereits fertig ausgebildeter Lehrer und Beamter auf Lebenszeit. Dementsprechend wurde Heide zunächst auch nur vom Dienst suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen ihn angestrengt. Während der sechs Jahre, die sich das Disziplinarverfahren hinzog, erhielt er weiterhin die Hälfte seiner vorherigen Bezüge. Finanziell reichte das für ihn und seine Familie einigermaßen, eine völlige Katastrophe stellte das Berufsverbot somit für Heide nicht dar. Zumindest, was das angeht, traf ihn das Berufsverbot damit nicht so hart wie die meisten anderen Betroffenen.